



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 14. Dezember 2009

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2010

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

als am 2. November 2009 der Haushaltsentwurf 2010 hier im Kreistag eingebracht wurde, haben Sie, Herr Landrat, folgende Zielvorgaben formuliert:

1. Die unabweisbaren Mehrausgaben insbesondere in der Sozialen Sicherung müssen finanziert werden.
2. Die begonnen bzw. nicht aufschiebbaren Investitionen insbesondere im Schulbereich werden realisiert.
3. Belastende Kreditaufnahmen sollten im Hinblick auf die Anforderungen in den kommenden Jahren vermieden werden.
4. Die Gemeinden sollen aufgrund ihrer starken Steuerrückgänge 2009 nicht durch die hohe Steuerkraftsumme aus dem Jahr 2008 zusätzlich belastet werden.
5. Der Rücklage für den Finanzierungsbeitrag zum Klinikneubau ist ein angemessener Betrag zuzuführen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war selbst grossen Optimisten klar geworden, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage gravierend verschlechtert hat und zudem eine kurzfristige wirtschaftliche Erholung in weite Ferne gerückt ist. Die Auswirkungen dieser Negativentwicklung betreffen insbesondere die Wirtschaft selbst, vergleichsweise direkt dann auch die Städte und Gemeinden. Die Landkreise werden hingegen auf der Einnahmeseite erst mit zeitlicher Verzögerung von der Krise erfasst. Dieses unterschiedliche Mass an direkter Betroffenheit hat die Kreisverwaltung nach eigener Einschätzung bereits in ihrem Haushaltsentwurf berücksichtigt: Aus (Zitat) „Solidarität und Rücksichtnahme auf die schwierige Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden“ wurde der Kreisumlagesatz bereits im Haushaltsentwurf um 2,4 Punkte abgesenkt. Die nominale Höhe der Kreisumlage wäre damit unverändert geblieben.

Spätestens die Diskussion in den Ausschüssen hat aber schnell gezeigt, dass derartiges Entgegenkommen aus Sicht der Gemeinden schlicht als ungenügend empfunden wird.

In Folge davon wurden in den diversen Ausschusssitzungen mehr als 3,4 Mio. € gestrichen, was einer Senkung der Kreisumlage um insgesamt etwa 3,9 Punkte entspricht. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, ob die vom Landrat genannten Zielvorgaben überhaupt eingehalten werden können, zumal aus unserer Sicht bereits im ursprünglichen Verwaltungsentwurf erhebliche Finanzrisiken enthalten waren.

Lassen Sie mich deshalb auf die diversen Aspekte des revidierten Planentwurfs eingehen. Der Kreis startet nach dem konjunkturellen Zwischenhoch der vergangenen Jahre von einem relativ guten Ausgangsniveau, da sich das Steueraufkommen und die Verschuldung zuletzt günstig entwickelt hatten. Wie aber wird die weitere Entwicklung der Einnahmen sein? Die Schlüsselzuweisungen werden infolge der Wirtschaftskrise deutlich geringer ausfallen. Die Grunderwerbssteuer kann - insbesondere nach der im Ausschuss durchgesetzten Änderung – nur als unrealistisch hoch bezeichnet werden. Und zu allem Überfluss muss momentan auch noch davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen infolge der beabsichtigten Steuererleichterungen zukünftig generell geringer ausfallen werden, was die Einnahmen der Landkreise dann ebenfalls nachhaltig schmälern wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu grotesk, dass sich insbesondere die Gemeinden nicht viel engagierter gegen das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz wenden.

Auf die Kommentierung anderer unrealistischer Einnahmeansätze wie z. B. die nach oben frisierten Gebühren beim Straßenverkehrsamt oder die spekulativ heraufgesetzten Einnahmen beim Ringzug, verzichte ich an dieser Stelle. Angesichts dieser Randbedingungen kann die Einnahmenseite jedenfalls nicht der uneingeschränkte Hoffnungsträger für das kommende Haushaltsjahr sein.

Auf der Ausgabenseite wird die soziale Sicherung einen erheblichen Kostenanstieg auslösen. Klar ist, dass sich bei Hartz IV im kommenden Jahr weder die Zahl der betroffenen Menschen noch die spezifischen Kosten linear weiterentwickeln werden. Es wird nach unserer Einschätzung in der Summe zu einer deutlichen Kostenprogression in diesem Bereich kommen. Neben der Tatsache, dass momentan eine sehr grosse Zahl von Personen einem zunehmenden Armutsriskiko ausgesetzt ist, werden evtl. auch Faktoren wie veränderte Hinzuverdienstgrenzen oder die Anhebung des Schonvermögens ihre Auswirkungen haben. Nicht zuletzt und ganz direkt wird aber die weitere Absenkung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten wirksam: Von durchschnittlich 31,8 % im Jahr

2007 soll der Bundesanteil im Jahr 2010 auf 23,6 % abgesenkt werden. Insgesamt erscheint uns dieser Bereich damit stark unterfinanziert.

Auch bei der Jugendhilfe oder bei der Grundsicherung im Alter wird die wirtschaftliche und soziale Mangelsituation vieler Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend zum Problem und die notwendigen Hilfen zur Stabilisierung nehmen zu. Die Eingliederungshilfe für Behinderte verzeichnet ebenfalls steigende Ausgaben, trotz des Paradigmenwechsels von stationären zu ambulanten Hilfen und trotz der grundsätzlich vorhandenen Integrationsbereitschaft in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Insgesamt halten wir die Ausgabenansätze im Kreishaushalt auch in diesen Bereichen des Sozialhaushalts für knapp bemessen. Die Realität im Jahr 2010 wird zeigen, ob der Hilfebedarf mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wirklich abgedeckt werden kann. Wir sind skeptisch.

Im Schulbereich wurde in den vergangenen Jahren viel investiert. Dabei standen sowohl Erweiterungen als auch Sanierungen auf dem Programm. Angesichts des umfangreichen Gebäudebestands und der aufgelaufenen Sanierungsrückstände war ein solcher Schritt auch unumgänglich. Wegen der Wirtschaftskrise wurden die guten Vorsätze jetzt aber über Bord geworfen: So wurden bei der Anschaffung von beweglichem Vermögen im Schulbereich 100.000 € oder 13% gekürzt und bei der Schulgebäudeunterhaltung wurden vom ursprünglichen Ansatz der Verwaltung gar 426.000 € oder 29% reduziert. Dabei dürfte es allen Beteiligten klar sein, dass die im Haushaltsentwurf eingestellten Mittel lediglich das unumgängliche Minimum darstellten und wir von einer nachhaltigen Bewirtschaftungsstrategie der Schulen immer noch weit entfernt sind. Trotz dieser erneuten Einschnitte im Schulbereich zeichnet sich zumindest für die Sprachheilschule Villingen-Schwenningen endlich eine Lösung ab. Nach jahrelangen Provisorien wird mit dem geplanten Kreiszuschuss in Höhe von 290.000 € jetzt endlich eine Lösung greifbar, die wir begrüßen.

Was bei Schulen lange währt, wird bei Kreisstrassen oft rasend schnell gut! Morgen wird beispielsweise die Kreisstrasse im Linachtal freigegeben. Bei Gesamtkosten von 1,5 Mio. € ist dies ein typisches Projekt, wo für viel Geld ein zweifelhafter Vorteil erkauft wird. Weder die Erschliessung noch die Verkehrssicherheit noch Komfortaspekte rechtfertigen derartige Kosten. Bei vielen Baumassnahmen gilt deshalb immer noch: Die Kreisstrassen werden grosszügig ausgebaut, viel zu grosszügig! Der vermeintliche Fortschritt ist überhaupt keiner und geht auf Kosten anderer Infrastrukturprojekte, die notwendiger wären. Einsicht hat der Ausschuss zumindest an dem Punkt bewiesen, als die Planungsrate für die neue Strassenmeisterei in Hüfingen zurückgestellt wurde. Um es klar zu sagen: Wir sehen angesichts der Finanzsituation nur wenig Chancen, das Projekt in absehbarer Zeit überhaupt realisieren zu können.

Denn der Landkreis wird im Verkehrsbereich noch vor ganz andere Aufgaben gestellt werden. Wenn man sich die momentane Situation im Schülerverkehr anschaut oder die jüngste Entwicklung im Bereich Ganztageesschulen, Werkrealschulen und ganz allgemein die Diskussion um Schulstandorte verfolgt, wird eines schnell deutlich: Der Landkreis steht vor grossen logistischen Herausforderungen und insbesondere auch vor hohen Zusatzkosten.

Und was gibt es sonst noch Neues beim ÖPNV? Das vom Landrat angekündigte Buskonzept zur Anbindung des Oberen Bregtals an das Oberzentrum begrüssen wir ausdrücklich. Der Ersatz von normalen Buslinien durch Rufbusse sollte nicht unbegrenzt ausgeweitet werden. Und was das vom VSB angekündigte Fahrgastinformationssystem betrifft, ist man als aufmerksamer Zeitungsleser zwar grob informiert: Angesichts der voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 4,5 Mio. € wäre eine Vorstellung des Projekts im Ausschuss aber durchaus angemessen.

Im investiven Bereich verfolgt der Landkreis in den vergangenen Jahren zunehmend die Strategie, Mietzahlungen durch den Kauf von Gebäuden zu ersetzen. Diese Strategie ist grundsätzlich richtig, sofern die Gebäudenutzung langfristig notwendig und der Kauf wirtschaftlich ist. Die zugrunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen halten einer kritischen Überprüfung jedoch nicht immer Stand. Es gibt Gebäude, deren Erwerb ganz offensichtlich wirtschaftlich ist und es gibt andere Objekte, wo sich die Wirtschaftlichkeit selbst bei wohlwollender Betrachtung einfach nicht erschliessen will. Angesichts der vielfältigen Verpflichtungen und insbesondere in Zeiten knapper Kassen tut sich der Kreistag deshalb schwer, in diesem Bereich sogenannte „rentierliche Schulden“ aufzunehmen.

Was die Verpflichtungen des Landkreises anbetrifft, muss ich auf einen Punkt ganz besonders eingehen: Es ist die Rücklage für den Klinikneubau. Das Neubauprojekt konnte nur deshalb gestartet werden, weil sich der Kreistag verpflichtet hat, bis zu 20 Mio. € der Gesamtkosten zu übernehmen. Der Landkreis trägt die Finanzverantwortung für das Projekt. Wie bekannt, belaufen sich die Baukosten auf kalkulierte 263 Mio. €, darin eingeschlossen die 20 Mio. € des Landkreises. Momentan gibt es überhaupt keinen Anlass davon auszugehen, dass die 20 Mio. € nicht benötigt werden. Wenn deshalb von der ursprünglichen Finanzplanung derart gravierend abgewichen wird, dass die ursprünglich vorgesehene Jahressrate 2010 von 7 Mio. € auf eine klägliche Restsumme zusammen gestrichen wird, muss sich der Kreistag durchaus der Frage stellen, wann denn die Finanzierung in grossem Umfang geschehen soll? Vielleicht in den absehbar noch schwierigeren Haushaltsjahren 2011 oder 2012?

Ein weiteres Thema möchte ich ebenfalls noch etwas ausführlicher ansprechen. Bei der Abfallwirtschaft sehen wir momentan 2 problematische Bereiche. In der Gebührenkalkulation ist dies die Abgrenzung zwischen Gewerbe- und Hausmüll und hierbei insbesondere die kalkulierten Gebühren für den Gewerbeabfall. Im Bereich der Deponienachsorge sind dies die aufgetretenen Probleme mit Böschungsbruch und Mehrkosten beim Berstliningverfahren. Ohne an dieser Stelle auf die Einzelheiten eingehen zu können, erlaube ich mir 2 Feststellungen: Der überraschende Böschungsbruch ist nach unserer Einschätzung eine Folge von unzulänglicher Deponieüberwachung und Schadensersatzforderungen beim Berstlining können ihre Ursache höchstens in schlechter Vertragsgestaltung haben. Die Verantwortlichkeiten sind jedenfalls lückenlos aufzuklären und der Schaden ist vom Gebührenzahler abzuwenden.

Zusammengefasst möchte ich den Haushaltsentwurf 2010 so bewerten:

Die gesamtwirtschaftliche Lage ist schlecht. Viele Gemeinden stehen bereits jetzt mit dem Rücken zur Wand. Dem Landkreis geht es momentan noch vergleichsweise gut. Dies löst Forderungen nach Solidarität und Interessenausgleich in der „kommunalen Familie“ aus. Der Landkreis ist dieser absehbaren Forderung bereits bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs ein Stück weit nachgekommen. Doch dies scheint vielen Mitgliedern des Kreistags nicht auszureichen. Der Kreishaushalt wurde deshalb im Rahmen der Ausschussberatungen in vielen Bereichen beschnitten und die Einnahmenseite wurde teilweise auch bewusst positiv überzeichnet. Bei den Kürzungen handelt es sich teilweise um Positionen, die kontraproduktiv oder unsinnig sind. Hierzu zählen wir beispielsweise die Kürzungen bei den Schulen, die sehr stark reduzierte Zuführung zur Krankenhausrücklage und auch die mehrheitlich durchgesetzte pauschale Kürzung der Personalausgaben um 400.000 €

Bezüglich der 5 eingangs geschilderten Zielvorgaben des Landrats für den Haushalt 2010 möchte ich deshalb folgende Bilanz ziehen: Der Bereich der sozialen Sicherung ist aus unserer Sicht nicht nachhaltig finanziert, im Schulbereich bleibt man auf halber Strecke stehen, belastende Kreditaufnahmen werden im Jahr 2010 voraussichtlich weitgehend vermieden, die Gemeinden werden durch die stark abgesenkte Kreisumlage entlastet und die Rücklage für den Klinikneubau wird nur ungenügend beschickt. Von den 5 Zielvorgaben kann nach unserer heutigen Einschätzung damit bestenfalls die Hälfte erreicht werden.

Für die weitere Entwicklung wird es stark darauf ankommen, wie die gesamtwirtschaftliche Situation im kommenden Jahr aussehen wird. Können sich die Branchen im Schwarzwald – Baar - Kreis - seien es die Automobilzulieferer, die Maschinenbauer oder auch die Milchbauern - zukünftig behaupten? Der Kreis muss hierzu seinen Teil

beitragen: Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung, Energieagentur... alle Instrumente müssen zur Bekämpfung der Krise aktiviert werden. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, dass Kreis und Kommunen wirklich solidarisch miteinander umgehen.

Ist das Glas für 2010 nun halb voll oder halb leer. Wir kommen zum Ergebnis, dass es für den Landkreis im Jahr 2010 noch halb voll ist.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf 2010 zu.

In aller Deutlichkeit möchte ich aber abschliessend betonen: Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, wenn sich Luftbuchungen und „Kürzen ohne Plan“ weiterhin breit machen, dann ist das Glas bereits im Kreishaushalt 2011 nicht nur leer, sondern es wird bodenlos dastehen.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern des Landkreises für ihr Engagement und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit recht herzlich danken.

Christian Kaiser
für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
6 Seite(n), 1840 Wörter, 12114 Zeichen